



– Beschlusskammer 4 –

BK4-11-026

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV

hinsichtlich der Festlegung von abweichenden Betriebskostenpauschalen für Offshore-Anlagen für Betreiber von Übertragungsnetzen bei der Genehmigung von Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV

hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur

durch

den Vorsitzenden Dr. Frank-Peter Hansen,

den Beisitzer Kim Paulus,

den Beisitzer Mario Lamoratta

am 12.12.2011

beschlossen:

1. Für die Bestimmung der Betriebskosten bei der Genehmigung von Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV wird für Offshore-Anlagen eine abweichende Betriebskostenpauschale in Höhe von 3,4 % der für das Investitionsbudget anererkennungsfähigen Anschaffungs- und Herstellungskosten festgelegt.
2. Die abweichende Betriebskostenpauschale kommt bei der Berechnung der jährlichen Betriebskosten erstmalig im Jahr der Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV zum Tragen und ist anzuwenden, solange keine andere Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV für Offshore-Anlagen getroffen wurde.

3. Unter den Begriff der Offshore-Anlage fallen alle Offshore-Anlagengüter sowie die Onshore-Anlagengüter vom Anlandepunkt bis einschließlich Konverter bzw. Kompensationspule.

Gründe

I.

Die Bundesnetzagentur hat am 06.04.2011 für die Festlegung einer Betriebskostenpauschale im Rahmen der Genehmigung von Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV für Offshore-Anlagen ein Verfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV von Amts wegen durch Mitteilung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur 7/2011 eingeleitet. Mit Schreiben vom 21.04.2011 hat die Bundesnetzagentur eine Datenerhebung bei Netzbetreibern, die Offshore-Anlagen betreiben, durchgeführt und die in den Kalenderjahren 2009 und 2010 jeweils tatsächlich angefallenen anlagen(gruppen)spezifischen Ist-Kosten der betroffenen Netzbetreiber kostenartenscharf abgefragt. Mit Schreiben vom 24.05.2011 hat die Bundesnetzagentur die TU Clausthal (Institut für Wirtschaftswissenschaft, Lehrstuhl für BWL, insbesondere Unternehmensrechnung und Institut für Erdöl- und Erdgastechnik, Lehrstuhl für Gasversorgungssysteme) als Sachverständige für die Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen benannt.

Im Rahmen einer mündlichen Anhörung am 18.10.2011 wurde die Konsultation der Festlegung eingeleitet und den betroffenen Marktteilnehmern die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen bis zum 09.11.2011 gegeben. Eine um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigte Fassung des Gutachtens der TU Clausthal „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ wurde auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Insgesamt sind zur Festlegung einer abweichenden Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen zwei Stellungnahmen von Übertragungsnetzbetreibern bei der Bundesnetzagentur eingegangen.

Die Landesregulierungsbehörden sind gem. § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG von der Einleitung des Verfahrens im Rahmen des Länderausschusses vom 08.09.2011 informiert worden. Am 22.11.2011 wurde dem Länderausschuss der Festlegungsentwurf übermittelt und Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG gegeben. Dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden ist mit Schreiben vom 29.11.2011 Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG gegeben worden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte verwiesen.

II.

A) Formelle Rechtmäßigkeit

Für die Festlegung einer von § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV abweichenden Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen liegen die formellen Voraussetzungen vor.

I. Zuständigkeit

Die Bundesnetzagentur ist die zuständige Behörde. Die Festlegung einer Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV. Danach entscheidet die Regulierungsbehörde durch Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG zu einer von § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV abweichenden Höhe der Betriebskostenpauschale für bestimmte Anlagengüter, soweit dies erforderlich ist, um strukturelle Besonderheiten von Investitionen, für die Investitionsbudgets genehmigt werden können, angemessen zu berücksichtigen.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 3 S. 2 EnWG die für die Festlegung zuständige Regulierungsbehörde. Nach der Vorschrift des § 54 Abs. 3 S. 2 EnWG nimmt die Bundesnetzagentur die entsprechenden Festlegungsbefugnisse wahr, wenn zur Wahrung gleichwertiger wirtschaftlicher Verhältnisse im Bundesgebiet eine bundeseinheitliche Festlegung nach § 29

Abs. 1 EnWG erforderlich ist. Eine solche bundeseinheitliche Festlegung ist für die Festlegung von Betriebskostenpauschalen, die von der in § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV geregelten Höhe abweichen und damit die vorliegende Festlegung, notwendig.

Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG.

II. Anhörung

Den Beteiligten wurde gemäß § 67 Abs. 1 EnWG die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Im Rahmen des am 18.10.2011 eingeleiteten Konsultationsverfahrens hat die Beschlusskammer den betroffenen Netzbetreibern und den Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die geschwärzte Fassung des Gutachtens „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ wurde auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Aufgrund von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sind die vorgenommenen Schwärzungen erforderlich und können daher - nicht wie gefordert - reduziert werden.

III. Beteiligung von Landesregulierungsbehörde und Bundeskartellamt

Die Landesregulierungsbehörden sind gem. § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG von der Einleitung des Verfahrens im Rahmen der Sitzung des Länderausschusses am 08.09.2011 benachrichtigt worden.

Am 22.11.2011 wurde dem Länderausschuss der Festlegungsentwurf übermittelt und Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG gegeben. Dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden ist mit Schreiben vom 29.11.2011 Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG gegeben worden.

B) Materielle Rechtmäßigkeit

Für die Festlegung einer von § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV abweichenden Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen liegen die materiellen Voraussetzungen vor.

I. Ermittlung einer angemessenen Betriebskostenpauschale

Für Offshore-Anlagen ist eine Betriebskostenpauschale in Höhe von 3,4 % anzusetzen, um die strukturellen Besonderheiten von Offshore-Anlagen, für die Investitionsbudgets genehmigt werden können, angemessen zu berücksichtigen.

Entgegen einzelner Ausführungen in den Stellungnahmen ergibt bereits der Wortlaut des § 23 Abs. 1 Satz 3 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV, dass lediglich die Festlegung einer Betriebskostenpauschale und nicht tatsächliche Betriebskosten festzulegen sind. § 23 Abs. 1 Satz 3 ARegV sieht grundsätzlich die Anerkennung einer Betriebskostenpauschale von 0,8 % vor, soweit nicht die Bundesnetzagentur gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV etwas Abweichendes festlegt. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV, der die Rechtsgrundlage der Bundesnetzagentur für diese Festlegung darstellt, sieht ausdrücklich eine „abweichende Höhe der Betriebskostenpauschale“ unter bestimmten Voraussetzungen vor. Hätte der Verordnungsgeber die Festlegung tatsächlicher Betriebskosten beabsichtigt, hätte er die Bundesnetzagentur zur Festlegung der „abweichenden Höhe der Betriebskosten“ ermächtigt. Die Angemessenheit der anzuerkennenden Betriebskosten ergibt sich aus der angemessenen Höhe der Betriebskostenpauschale, so dass der Sinn und Zweck des § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV auch mit der Festlegung einer Betriebskostenpauschale erfüllt ist.

Eine von § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV abweichende Höhe der Betriebskostenpauschale ist für Offshore-Anlagen erforderlich, um die strukturellen Besonderheiten, die mit Investitionen in diese Anlagengüter verbunden sind, angemessen zu berücksichtigen.

Eine konkrete Vorgehensweise zur Ermittlung angemessener Betriebskostenpauschalen für Offshore-Anlagen ist weder § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV noch § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV zu entnehmen. Die Ermittlung einer angemessenen Betriebskostenpauschale hat daher nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu erfolgen. Ziel ist die Ermittlung einer angemessenen Betriebskostenpauschale für die Offshore-Anlage, d.h. die Ermittlung der über die Nutzungsdauer des Anlagengutes durchschnittlichen Betriebskosten in Relation zu den durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten dieses Anlagengutes.

Die nachfolgenden Erläuterungen und Analysen zur Bestimmung einer abweichenden Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen beziehen sich im Wesentlichen auf das Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal.

Neben einer empirischen Kostenanalyse wird bei der Ermittlung einer angemessenen Betriebskostenpauschale eine exemplarische Kostenanalyse anhand typischer, bestehender Anlagen, Prozesse und Betriebskosten durchgeführt. Bezüglich der nicht jährlich in gleicher Höhe anfallenden Betriebskostenanteile (z.B. Kosten für Wartung und Instandhaltung) wird – wie auch vom BDEW gefordert – der gesamte Lebenszyklus des Anlagengutes betrachtet, um daraus standardisierte annuitätische Betriebskosten abzuleiten. Die Berechnungen beziehen sich so auf den gesamten Lebenszyklus des Anlagengutes, von der erstmaligen Aktivierung (Anlagen in Bau) bis zur vollständigen Abschreibung, und berücksichtigen darüber hinaus unterschiedliche Anlagentypen. Auch bei der Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten sind entsprechend unterschiedliche Ausführungen des Anlagengutes über die Nutzungsdauer zu berücksichtigen. Bei den hier ermittelten Anschaffungs- und Herstellungskosten handelt es sich um einen Durchschnittswert über die unterschiedlichen Typen von Offshore-Anlagen.¹ Die Bundesnetzagentur nimmt zu Gunsten der Netzbetreiber die Durchschnittswertbildung über die gesamte Nutzungsdauer des betrachteten Anlagengutes vor.

Um Betriebskosten für Offshore-Anlagen bestimmen zu können, erfolgt nach der Definition des Anlagengutes unter 1. zunächst unter 2. die Auswahl der zu berücksichtigenden Kostenkomponenten. Für die konkrete Bestimmung einer angemessenen Betriebskostenpauschale werden die im Folgenden unter 3. ermittelten durchschnittlichen Betriebskosten des jeweiligen Anlagengutes ins Verhältnis zu dessen unter 4. ermittelten durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten gesetzt. Anhand der vorgenommenen Kostenmodellierungen werden für das Anlagengut unter 5. ein MIN- und ein MAX-Prozentwert (durchschnittliche Betriebskosten zu durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten) berechnet. Diese stellen die Basis für die angesetzte Betriebskostenpauschale dar.

Die Festlegung einer abweichenden Höhe der Betriebskostenpauschale erfolgt nach Anlagengütern. Eine darüber hinausgehende Differenzierung ist über den Verordnungstext nicht abgedeckt.

1. Definition des Anlagengutes Offshore-Anlage

Unter den Begriff der Offshore-Anlage fallen alle Offshore-Anlagengüter sowie die Onshore-Anlagengüter vom Anlandepunkt bis einschließlich Konverter bzw. Kompensationsspule.

Bei der Ermittlung einer angemessenen Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen ist zu berücksichtigen, dass die einzelnen Anlagengüter der Netzanbindung eines Offshore-Windparks zum Teil für zwei in hohem Maße unterschiedliche Bereiche ausgelegt sind, die genau voneinander abgegrenzt werden müssen. Die Abgrenzung resultiert dabei im Wesentlichen aus den unterschiedlichen vorherrschenden Umweltbedingungen der Umgebung der einzelnen

¹ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 5 ff..

Anlagenkomponenten (hohe See und Festland). Im Vergleich zum Festland sind auf hoher See sowohl die konstruktive Auslegung als auch die Konfiguration der einzelnen Anlagengüter durch den erschwerten Zugang und den eingeschränkten Arbeitsbereich technisch aufwendiger zu realisieren und damit auch anders zu bewerten. Auf hoher See und auf dem Festland liegen unterschiedliche Betriebsverhältnisse vor, so dass grundsätzlich eine Unterscheidung nach Offshore-Anlagengütern und Onshore-Anlagengütern erfolgen muss.² Die auf hoher See herrschenden Umweltbedingungen fordern besondere Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen während des gesamten Lebenszyklus einer Offshore-Anlage.³ In die Berechnung einer angemessenen Betriebskostenpauschale sind daher nur die Onshore-Anlagengüter einzubeziehen, die unmittelbar der Einbindung der Offshore-Anlage dienen. Das bedeutet, dass sowohl für eine AC- als auch für eine DC-Anbindung jedenfalls der Transformator, das Schaltfeld und die Sammelschiene im Onshore-Umspannwerk nicht mehr zur Offshore-Anlage gehören.

2. Auswahl der zu berücksichtigenden Kostenkomponenten

Zur Bestimmung einer angemessenen Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen sind auf Vollkostenbasis alle Kostenpositionen außer den Kapitalkosten nach § 6 bis 8 StromNEV, den Fremdkapitalzinsen nach § 5 StromNEV, den kostenmindernden Erlösen und Erträgen nach § 9 StromNEV und den bereits über § 11 ARegV einbezogenen Kostenpositionen zu berücksichtigen.

Die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) enthält keine explizite Definition von Betriebskosten. Eine implizite Definition ist unterdessen über § 23 Abs. 1 ARegV i.V.m. § 4 StromNEV ableitbar. Gemäß § 23 Abs. 1 ARegV werden die Netzkosten in Betriebskosten und Kapitalkosten unterteilt. Nach Auslegung der Formulierung in § 23 Abs. 1 ARegV sind unter Betriebskosten grundsätzlich alle Kostenkomponenten außer den Kapitalkosten (kalkulatorische Abschreibungen gemäß § 6 StromNEV, kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung gemäß § 7 StromNEV und kalkulatorische Gewerbesteuer gemäß § 8 StromNEV), abzüglich der Fremdkapitalzinsen (§ 5 StromNEV) und abzüglich der kostenmindernden Erlöse und Erträge (§ 9 StromNEV) zu subsumieren.

Ausgenommen bei der Bemessung der Betriebskostenpauschale sind jene Kostenpositionen, die bereits über § 11 ARegV (dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten und volatile Kostenanteile) in der Erlösobergrenze berücksichtigt werden. Andernfalls kommt es zu einer nicht sachgerechten Doppelanerkennung dieser Kosten (Kostenanteile) in der Erlösobergrenze, da diese Kostenanteile generell eine Anpassung an das jeweils tatsächlich angefallene Niveau erfahren.

Kosten für den Ausgleich physikalisch bedingter Netzverluste (Verlustenergiekosten) werden über die Freiwillige Selbstverpflichtung (FSV) nach § 11 Abs. 2 ARegV der deutschen Übertragungsnetzbetreiber für ein verbindliches Anreizsystem für Systemdienstleistungen (SDL) und den Umgang mit den daraus resultierenden Kosten geregelt. Verlustenergiekosten werden darüber als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten behandelt und sind somit nicht zusätzlich, wie im Rahmen der Konsultation gefordert, in einer Betriebskostenpauschale gemäß § 23 ARegV zu berücksichtigen. Die in der FSV festgelegten Automatismen stellen durch eine jährliche ex-post Abrechnung der tatsächlichen Ist-Kosten (Ist-Mengen zu Ist-Preisen) sicher, dass die im jeweiligen Jahr angefallenen tatsächlichen Kosten für Verlustenergie für die Anbindung von Offshore-Anlagen in der Erlösobergrenze Berücksichtigung finden. Der Beschlusskammer 4 liegen keine nachhaltigen Informationen vor, dass eine stärkere Unvorhersehbarkeit bei der Beschaffung von Offshore-Netzverlusten vorliegt. Daher steht einer Regelung der Verlustenergiekosten über die FSV nichts entgegen.

² Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 27 ff., S. 35.

³ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 75.

Bei der Bemessung einer Betriebskostenpauschale ist zu berücksichtigen, dass insbesondere die Kostenarten, die der Funktionsfähigkeit des betrachteten Anlagengutes dienen, abgedeckt werden. Das sind im Wesentlichen⁴:

- Personal- und Sozialkosten
- Materialkosten/Stoffkosten/Sachkosten
- sonstige betriebliche Kosten (z.B. Kosten für bezogene Dienstleistungen und Fremdrechte, Büro- und Geschäftskosten, Öffentliche Abgaben und Steuern, Versicherungskosten).

Die Ermittlung der Betriebskosten erfolgt auf Vollkostenbasis⁵, d.h. einschließlich aller direkt und indirekt zurechenbaren Kosten, um einer Betriebskostenunterdeckung im Rahmen der Genehmigung von Investitionsbudgets nach § 23 ARegV vorzubeugen. Es ist anzunehmen, dass insbesondere aus der Wartung und Instandhaltung des Anlagengutes Gemeinkosten anfallen.

3. Ermittlung der durchschnittlichen Betriebskosten für Offshore-Anlagen

Die durchschnittlichen Betriebskosten für Offshore-Anlagen bewegen sich unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von 20 Jahren zwischen mindestens 3.525.070,64 € und höchstens 5.460.898,47 €.

Die durchschnittlichen Betriebskosten je Anlagengut werden ausgehend von Angaben der Netzbetreiber, allgemeinen Erfahrungswerten, Sicherheitsvorschriften, Herstellerangaben und sonstigen relevanten Vorgaben ermittelt. Die Durchschnittsbildung bezieht sich dabei auf die gesamte Lebensdauer des Anlagengutes von der erstmaligen Aktivierung (Anlagen im Bau) bis zur vollständigen Abschreibung des Anlagengutes. Zudem berücksichtigt die Durchschnittsbildung unterschiedliche Ausführungen des Anlagengutes, beispielsweise Anlagentypen unterschiedlicher Bauart und Leistungsgröße.⁶

Für die Ermittlung der durchschnittlichen Betriebskosten für das Anlagengut wird die von den Gutachtern durchgeführte Expertenbefragung (TUC-Expertenbefragung) in einer Top-down-Gesamtbewertung für die Betriebskosten und die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagengutes zusammengefasst. Darüber hinaus wird eine Bottom-up-Musterkalkulation für typische Anlagenkonfigurationen modelliert, bei der sowohl direkte Kosten für den Betrieb der Anlagen sowie Gemeinkostenzuschläge berücksichtigt werden. Die Einzelangaben aus der TUC-Expertenbefragung finden dabei Eingang in die konkreten Modellrechnungen.⁷

Wie die gutachterliche Analyse der Betriebskosten zeigt, sind Materialkosten, vor allem Aufwendungen für bezogene Leistungen und davon Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen durch die Fremdvergabe der Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen, der Hauptkostentreiber der Betriebskosten von Offshore-Anlagen. Zusätzlich hierzu sind Personalkosten und sonstige betriebliche Kosten zu berücksichtigen.⁸

Zur Ermittlung, Analyse und Bewertung der durchschnittlichen Materialkosten für Offshore-Anlagen, vorliegend vor allem der Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen, wird von den Gutachtern zunächst eine Bottom-up-Stundensatzkalkulation durchgeführt. Die aus dieser Musterkalkulation resultierenden Stunden-

⁴ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 15.

⁵ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 10, 64 ff..

⁶ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 5 ff..

⁷ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 25, S. 57.

⁸ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 58 ff., S. 109.

sätze werden bei der Berechnung der durchschnittlichen Betriebskosten als Faktor verwendet, um den Zeitbedarf der jeweiligen planmäßigen Instandhaltungsintervalle kostenspezifisch ausdrücken zu können.⁹

Ausgangspunkt für die Stundensatzkalkulation sind die von Dienstleistungsunternehmen veröffentlichten Jahresbruttogehälter des Servicepersonals, die in einer Bandbreite von 60.613,27 € und 88.162,46 € liegen. Die Arbeitnehmerbruttogehälter werden noch um Lohnnebenkosten erhöht, da das dienstleistende Unternehmen diese über den späteren Stundensatz auffangen muss. Nach Zurechnung der Lohnnebenkosten ergeben sich als Grundlage für die weitere Stundensatzkalkulation Jahresbruttogehälter in Höhe von 74.084,57 € (MIN-Wert) und 107.756,57 € (MAX-Wert). Unter Berücksichtigung der pro Jahr anzusetzenden Arbeitstage und unter der Annahme eines 8-Stunden-Tages werden ein Minimum-Tagessatz und ein Maximum-Tagessatz ermittelt. Grundsätzlich ist von 224 Arbeitstagen pro Jahr auszugehen. Für Offshore-Anlagen werden von den Gutachtern allerdings 120 Arbeitstagen in der Modelkalkulation angesetzt. Aufgrund von Schulungen, Weiterbildungen und anderweitigen Verwendungen des Personals ist mit einem Abzug von 104 Arbeitstagen zu rechnen. Zuzüglich der Gemeinkostenzuschläge des dienstleistenden Unternehmens ergeben sich die für die weitere Berechnung von Betriebskosten für Offshore-Anlagen relevanten so genannten externen Stundensätze in Höhe von 216,08 € (MIN-Wert) und 314,29 € (MAX-Wert).¹⁰ Entgegen den Ausführungen in der Konsultation sind in der Kalkulation der Stundensätze Schlechtwetterkosten (Warte- und Ausfallzeiten) berücksichtigt.

Da bei Offshore-Anlagen davon ausgegangen wird, dass die Wartungs- und Instandhaltungsleistungen von Dienstleistungsunternehmen durchgeführt werden, werden darüber hinaus keine weiteren Gemeinkostenaufschläge beim Netzbetreiber angesetzt.¹¹

Allerdings werden Preissteigerungen einerseits und eine über die Nutzungsdauer ansteigende Wartungsintensität des betrachteten Anlagengutes andererseits über eine Kostenprogression von minimal 2 % und maximal 4 % abgebildet.¹²

In Umsetzung des Urteils des OLG Düsseldorf (VI-3 Kart 276/09 (V)) wird zur Ermittlung einer angemessenen Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen eine Nutzungsdauer von 20 Jahren zugrunde gelegt.

Zur Berechnung der durchschnittlichen Betriebskosten für Offshore-Anlagen werden – nach Anlagengütern differenziert (Umspannwerk, Energiekabel und Offshore-Plattform) – die durchschnittlichen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen ermittelt. Hierfür werden zunächst unter Berücksichtigung der vorab kalkulierten Stundensätze in Höhe von 216,08 € (MIN-Wert) und 314,29 € (MAX-Wert), des für die einzelnen Tätigkeiten vorgesehenen Zeitbedarfs sowie der erforderlichen Wartungsintervalle¹³ die minimalen und maximalen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen für das erste Jahr der Nutzungsdauer berechnet:

$(\text{Stundensatz [€]} \cdot \text{Stunden [h]}) / \text{Wartungsintervall} = \text{Wartungs- und Instandhaltungskosten erstes Jahr der Nutzungsdauer.}$

Darauf aufbauend sind die jährlichen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen über die gesamte Nutzungsdauer von 20 Jahren unter Berücksichti-

⁹ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 118.

¹⁰ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 58 ff., insbesondere Tabelle 11 auf S. 61 und Tabelle 12 auf S. 62.

¹¹ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 64.

¹² Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 65-67.

¹³ „Die Wartungsintervalle umfassen monatliche, vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen.“, Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 73.

gung der angenommenen jährlichen Kostenprogression von 2 % (auf die entsprechenden MIN-Werte) und 4 % (auf die entsprechenden MAX-Werte), jeweils bezogen auf die Vorjahreswerte, abzuleiten. Die Summen der sich hieraus ergebenden jährlichen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen stellen die über die gesamte Nutzungsdauer anfallenden minimalen und maximalen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen der Offshore-Anlage dar. Eine Division dieser Gesamtkosten durch die Nutzungsdauer (ND) von 20 Jahren ergibt schließlich die durchschnittlichen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen während des Lebenszyklus des Anlagengutes¹⁴:

	MIN	MAX
Durchschnitt pro Jahr (20 Jahre ND)	3.525.070,64 €	5.460.898,47 €

Tabelle 1: Durchschnittliche Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen¹⁵

Für die Berechnung der durchschnittlichen Betriebskosten werden die als Materialkosten ermittelten durchschnittlichen Aufwendungen für durch Dritte erbrachte Wartungs- und Instandhaltungsleistungen um Kosten für Mehraufwendungen für Wartungs- und Instandhaltungsleistungen, die nicht in den Wartungs- und Instandhaltungsverträgen enthalten sind, aber seitens der Hersteller und/oder Netzbetreiber erwartet werden („variable Kosten“, S. 81), ergänzt. Zu berücksichtigen ist ebenfalls ein Risikozuschlag, der neben unerwarteten Preisteuerungen auch Verschiebungen von geplanten Instandhaltungsmaßnahmen aus übergeordneten Gründen beinhaltet. Weiterhin sind in der Kalkulation die Aufwendungen für bezogene Leistungen z.B. aus Charterverträgen für Helikopter zur Befliegung der Anlage, Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Personalkosten und sonstige Kosten zu ergänzen. Die sich insgesamt ergebenden durchschnittlichen Betriebskosten für Offshore-Anlagen sind in Tabelle 2 dargestellt:

	MIN	MAX
Durchschnitt pro Jahr (20 Jahre ND)	23.425.070,64 €	28.260.898,47 €

Tabelle 2: Durchschnittliche Betriebskosten für Offshore-Anlagen¹⁶

4. Ermittlung der durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für Offshore-Anlagen

Die durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für Offshore-Anlagen belaufen sich auf 764.720.000 €.

Zur Bestimmung einer angemessenen Betriebskostenpauschale ist gemäß § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV auf die für das betrachtete Anlagengut anfallenden Anschaffungs- und Herstellungskosten abzustellen. Davon umfasst sind Fertiganlagen und Anlagen im Bau.

Analog zu der Berechnung der durchschnittlichen Betriebskosten werden die durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten der Offshore-Anlagen aus einer standardisierten Kalkulation und Informationen der Netzbetreiber zu Investitionsvolumen einzelner Netzverbindungen hergeleitet.

Bei der Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten handelt es sich um einen Durchschnittswert über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren.

¹⁴ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 79 und S.117-134.

¹⁵ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 79 und S.134.

¹⁶ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 82 und S. 134-137.

Für die Anschaffungs- und Herstellungskosten wird der zugrunde gelegte Wert aus spezifischen Anschaffungs- und Herstellungskosten (spezifisches Investitionsvolumen) errechnet. Dieses spezifische Investitionsvolumen stellt das Verhältnis aus dem Investitionsvolumen einer Anlage zu der der Anlage zuzuordnenden Leistung dar. Bezugsgröße für Offshore-Anlagen ist eine Anschlussleistung von 695,2 MW. Basierend auf einem durchschnittlichen spezifischen Investitionsvolumen von 1.100.000 €/MW ergeben sich hieraus Anschaffungs- und Herstellungskosten in Höhe von 764.720.000 €.¹⁷

5. Berechnung der Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen

Für Offshore-Anlagen ist eine angemessene Betriebskostenpauschale in Höhe von 3,4 % anzusetzen.

Aufbauend auf den nach oben beschriebener Vorgehensweise ermittelten durchschnittlichen Betriebskosten sowie den durchschnittlich anfallenden Anschaffungs- und Herstellungskosten wird die Betriebskostenpauschale (AHK) für Offshore-Anlagen ermittelt. Als Ergebnis werden jeweils ein minimaler und ein maximaler Prozentsatz auf der Basis der entsprechenden Kostenmodellierungen errechnet. Die erzielten Ergebnisse werden mit den ermittelten Werten aus der Netzbetreiberabfrage der Gutachter verglichen und ggf. auftretende Abweichungen auf ihre Plausibilität hin untersucht und ausgewertet.¹⁸

Die Bandbreite für die Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen ist in Tabelle 3 dargestellt:

	MIN	MAX
Durchschnittliche Betriebskosten (BK)	23.425.070,64 €	28.260.898,47 €
Durchschnittliche AHK	764.720.000,00 €	
Verhältnis BK/AHK 20 Jahre	3,06 %	3,70 %

Tabelle 3: Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen¹⁹:

Der Anteil der durchschnittlichen Betriebskosten an den durchschnittlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten liegt zwischen 3,06 % und 3,70 %. Aus der ermittelten Ergebnisbandbreite ergibt sich als arithmetisches Mittel eine Betriebskostenpauschale in Höhe von 3,4 % für Offshore-Anlagen.

Die von den Netzbetreibern im Rahmen der Datenerhebung der Bundesnetzagentur gelieferten Daten zeigen eine Bandbreite der Betriebskostenanteile für Offshore-Anlagen, in der sich auch die Bandbreite des Gutachtens bewegt. Im Rahmen der von der Bundesnetzagentur durchgeführten Datenplausibilisierung auf Vollständigkeit, Vergleichbarkeit und des Betrachtungszeitraums der Daten sowie deren Reliabilität ergibt sich eine Bandbreite der Betriebskostenanteile für Offshore-Anlagen von 1,0 % und 6,6 %.

Auf Basis der gutachterlich ermittelten Empfehlung²⁰ zur angemessenen Höhe einer Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen und gestützt auf die sich aus der Datenerhebung der Bundesnetzagentur ergebenden durchschnittlichen Betriebskostenanteile, ist es sachgerecht, eine von den in § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV genannten jährlichen Betriebskostenpauschale in Höhe

¹⁷ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 77-78 und 137-138.

¹⁸ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 100 ff..

¹⁹ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 82-83 und S. 138-139.

²⁰ Vgl. Gutachten „Ermittlung abweichender Betriebskostenpauschalen für Investitionsbudgets gemäß § 23 ARegV“ der TU Clausthal, S. 111.

von 0,8 % abweichende Betriebskostenpauschale in Höhe von 3,4 % für Offshore-Anlagen festzulegen.

II. Anwendungsbereich

Die Festlegung einer abweichenden Betriebskostenpauschale für Offshore-Anlagen betrifft Betreiber von Übertragungsnetzen, da diese unmittelbar als Betreiber von Offshore-Anlagen oder mittelbar über die Ausgleichsverpflichtung nach § 17 Abs. 2a Satz 4 EnWG von dem Umfang der zu genehmigenden Betriebskosten im Rahmen von Investitionsbudgets nach § 23 ARegV betroffen sind.

Die abweichende Betriebskostenpauschale ist nicht nur auf noch zu stellende Investitionsbudgetanträge anzuwenden, sondern grundsätzlich auch auf bereits bei der Bundesnetzagentur beantragte Investitionsmaßnahmen für Offshore-Anlagen. Damit ist die abweichende Betriebskostenpauschale grundsätzlich bei allen Investitionsbudgets berücksichtigungsfähig, für die im Jahr der Festlegung bereits Anschaffungs- und Herstellungskosten zu verzeichnen sind. Dies bedeutet, dass die abweichende Betriebskostenpauschale in Höhe von 3,4 % bei der Berechnung der jährlichen Betriebskosten, auch unabhängig davon, ob die Genehmigung bereits erteilt worden ist oder noch erteilt wird, erstmalig im Jahr der Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV zum Tragen kommt und somit entsprechend § 4 Abs. 3 i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 ARegV im übernächsten Jahr, also erstmalig 2013, die Erlösobergrenze erhöht. Die abweichende Betriebskostenpauschale ist anzuwenden, solange keine andere Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV für Offshore-Anlagen getroffen wurde. Ab dem Zeitpunkt der neuen Festlegung gilt dann die neu festgelegte Betriebskostenpauschale.

C) Kosten

Hinsichtlich der Kosten gemäß § 91 EnWG bleibt ein gesonderter Bescheid vorbehalten.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Bekanntgabe der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Postanschrift: Postfach 80 01, 53105 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (bzw. im Wege der Organleihe zuständiges Beschwerdegericht), eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Begründung beträgt einen Monat ab Einlegung der Beschwerde. Sie kann auf Antrag vom Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender



Dr. Hansen

Beisitzer



Kim Paulus

Beisitzer



Mario Lamoratta